DER HAUPTSTADTBRIEF

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch

GEHE *NICHT* IN DAS GEFÄNGNIS. BEGIB DICH DIREKT *NICHT* DORTHIN. GEHE *VIELMEHR* ÜBER LOS. ZIEHE *AUCH NOCH* EUR 4000 EIN

David Miliband über das Zeitalter der Straflosigkeit Seite 2

11. März 2023

Korrumpierend und absolut korrumpierend

In welcher Welt leben wir eigentlich? Ein neuer Index der Verantwortung im Zeitalter der Straflosigkeit

Von **David Miliband**

Die weltweiten Entwicklungen zeigen, dass die Mächtigen immer mächtiger werden und immer weniger Verantwortung übernehmen. Oder wie Moisés Naím zu Beginn seines brillanten Buches *The Revenge of Power* schreibt: „Wer ist dieser neue Feind, der unsere Freiheit, unseren Wohlstand und sogar unser Überleben als demokratische Gesellschaften bedroht? Die Antwort lautet: Macht – in einer neuen, bösartigen Form."

Die zentrale Herausforderung in den modernen internationalen Beziehungen ist die grassierende Straflosigkeit. Der Krieg in der Ukraine symbolisiert diese Entwicklung: Sowohl der Angriff selbst als auch die Kriegsführung durch die Invasionsstreitkräfte verstoßen gegen alle Gesetze und Normen des Krieges. Aber nicht nur in der Ukraine ist die Straflosigkeit auf dem Vormarsch. In allen Konfliktgebieten wird Macht ausgeübt, ohne dass Verantwortung übernommen wird und ohne dass die Rechte der von dem Konflikt betroffenen Zivilisten anerkannt werden (84 Prozent aller in Konflikten getöteten Personen sind Zivilisten).

Ich bezeichne dies als das Zeitalter der Straflosigkeit. Aber diese Straflosigkeit beschränkt sich nicht nur auf das Schlachtfeld, sondern sie offenbart sich in einem weitaus größeren Ausmaß, bei dem immense Machtunterschiede die Kontrollmechanismen aushöhlen, die unerlässlich sind, um die zunehmende Straflosigkeit zu verhindern. Jede politische Führung, welche die Justiz untergräbt oder gegen die verfassungsgemäßen Amtszeitbeschränkungen verstößt, handelt verantwortungslos. Ebenso wie jedes Unternehmen, das seine Marktposition ausnutzt, um Verbraucher zu übervorteilen. Immer dann, wenn die Rechte von Frauen missachtet werden, ist Straflosigkeit vorhanden.

Straflosigkeit umfasst die Ausübung von Macht ohne Verantwortlichkeit, was in extremer Form zu ungestraftem Begehen von Verbrechen führt. Dieser analytische Rahmen bildet die Bühne für die Veröffentlichung des weltweit ersten Atlas der Straflosigkeit bei der diesjährigen Sicherheitskonferenz. (Im Sinne der Transparenz: Ich selbst bin Mitvorsitzender des Beirats des Atlas der Straflosigkeit.)

Ein Team globaler, unabhängiger Expertinnen erstellt mit unterstützender Analyse der Eurasia Group und des Chicago Council on Global Affairs einen Index, der alle 197 Länder und Regionen in fünf verschiedenen Systemen, die mit Straflosigkeit kämpfen, anhand von 67 unabhängigen, glaubwürdigen und vergleichbaren Kennzahlen aus 29 validierten Quellen bewertet. Dies umfasst Menschenrechtsverletzungen, verantwortungslose Regierungsführung, Konflikte und Gewalt, wirtschaftliche Ausbeutung sowie Umweltschäden.

Es ist sehr wichtig zu betonen, dass der Atlas auf objektiven Daten beruht und nicht auf subjektiven. Für jedes Land greift das Team auf mehr als ein Dutzend Datenquellen zurück, um jeden der fünf Bereiche der Straflosigkeit zu untersuchen. Man kann darüber streiten, welche Datensätze einbezogen werden sollten und welche nicht, aber die Daten lügen nicht und verschweigen nichts.

Der Atlas der Straflosigkeit zeigt, dass der Kampf für die Demokratie zwar real ist, die Gegenüberstellung von Demokratie und Autokratie jedoch nicht das gesamte Bild der globalen Dynamik abbildet. Der analytische Rahmen des Atlas, der Straflosigkeit und Verantwortlichkeit gegenüberstellt, ist nuanciert und umfassend genug, um die Realität der multidimensionalen und miteinander verknüpften globalen Herausforderungen abzudecken. Während die Rechenschaftspflicht ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist, reicht die Demokratie dennoch nicht aus, um Rechenschaftspflicht zu gewährleisten. Der Atlas enthält zahlreiche Beispiele für demokratische Staaten, die in bestimmten Bereichen keine Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. So schneidet beispielsweise Kanada, das insgesamt einen hohen Rang einnimmt, im Hinblick auf Umweltschutz eher schlecht ab. In anderen Fällen erzielen demokratische Länder eine schlechtere Be-

Shutterstock.de/VectorShop (2)

wertung als solche, die keine vollwertigen Demokratien sind – so ist die Straflosigkeit beispielsweise in Singapur geringer ausgeprägt als in den USA.

Indem er die Realität des Jahres 2023 berücksichtigt, unterstreicht der Atlas auch das nachhallende geschichtliche Erbe. Wir erkennen, dass Konflikte nicht nur eine der wichtigsten Ursachen für Ungleichheit, sondern auch für Straflosigkeit bilden. Die überwiegende Mehrheit der Länder mit dem höchsten Grad an Straflosigkeit wurde in den letzten zehn oder mehr Jahren von Konflikten heimgesucht: Afghanistan, Myanmar, Syrien und Jemen stehen an der Spitze dieser Liste.

Eine ebenso signifikante Rolle spielt die Tatsache, dass das Erbe des Kolonialismus und des Sklavenhandels mit höheren Werten im Hinblick auf Straflosigkeit korreliert. Fast alle der 20 Länder mit der höchsten Straflosigkeit gemäß dem Atlas sind ehemalige Kolonien oder wurden durch den Kolonialismus beeinflusst. Vergleichbar damit war etwa ein Drittel der 30 am schlechtesten bewerteten Länder vom Sklavenhandel betroffen. Allerdings schneiden einige Länder, die ebenfalls unter dem historischen Erbe der Sklaverei und des Kolonialismus zu leiden hatten, wie beispielsweise Ghana und Senegal, im Atlas gut ab. Dies deutet darauf hin, dass die Beurteilung der Straflosigkeit von den Umständen abhängt, aber von politischen Entscheidungen gesteuert wird. Tatsächlich erreicht Senegal in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen sogar eine bessere Bewertung als die USA.

Der Atlas zeigt, dass die mächtigsten Länder auf internationaler Bühne, darunter China, Russland und die USA, allesamt schlechter abschneiden als ihre wirtschaftlichen und geografischen Konkurrenten. Dies verleiht der alten Weisheit, dass Macht korrumpiert und absolute Macht absolut korrumpiert, eine quantitative Dimension. Die USA liegen näher am Median als an den Spitzenplätzen, was auf schwächere Kennzahlen bezüglich Konflikten und Gewalt sowie Menschenrechten zurückzuführen ist.

Im Hinblick auf Umweltschäden greift die Straflosigkeit weiterhin ungehindert um sich, selbst in ansonsten verantwortungsvollen Gesellschaften. Kanada, das zu den Ländern mit den besten Ergebnissen im Atlas zählt und in ähnlichen Indizes traditionell gut abschneidet, liegt in puncto Umweltschäden nur geringfügig über dem Durchschnitt. Indien, China, Russland und die USA – einige der größten Treibhausgasemittenten weltweit – liegen auf den Plätzen 20, 70, 78 und 101. Auch Norwegen, Neuseeland, Singapur und Israel zählen zu den Ländern, deren Umweltbewertung hinter ihrer jeweiligen Gesamtbewertung zurückbleibt.

David Miliband ist ehemaliger britischer Außenminister und derzeit Präsident des International Rescue Committee.

GÜNTER
BANNAS

AUS DEM BANNASKREIS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Krawallbrüder – und -schwestern

Vor 40 Jahren schrieben die Wähler in der westdeutschen Bundesrepublik Geschichte. Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 überwand die Partei „Die Grünen" die Fünf-Prozent-Hürde.

Es war eine Premiere vielfältiger Art. Erstmals wurde die Grünen in den Bundestag gewählt. Erstmals seit 1949, dem Gründungsjahr der Bundesrepublik, kam eine Partei neu in das Parlament in Bonn. Das stabil erscheinende Drei-Parteien-System, das sich in den Jahrzehnten davor herausgebildet hatte, war Vergangenheit. Schneller als erwartet? Bei der Bundestagswahl 1980 hatten CDU/CSU, SPD und FDP noch 98 Prozent der abgegebenen Stimmen der Wähler auf sich vereinigt. Die Grünen waren bei 1,5 Prozent hängen geblieben. Auf alle „Sonstigen" zusammen waren 0,5 Prozent entfallen. Auch 1983 wurde es knapp für die Grünen: 5,6 Prozent der Stimmen reichten gerade so eben. Entsprechend gedämpft war ihre Stimmung an jenem Wahlabend, bei dem es angesichts von Hochrechnungen zeitweise so aussah, als hätten sie es wieder nicht geschafft. Dabei feierten die Grünen den Abend an historischer Stätte. Nicht in ihrer Parteizentrale, auch nicht im Regierungsviertel, sondern weit südlich: In der Stadthalle von Bad Godesberg, dort, wo die SPD 1959 ihr „Godesberger Programm" verabschiedet und den Grundstein für ihre Regierungsfähigkeit im Bund gelegt hatte.

28 Abgeordnete stellten die Grünen. In ihren Fraktionssitzungen konnten weitere 28 Mitglieder gleichberechtigt mitreden und mitstimmen. Die hießen Nachrücker. Zur Mitte der Legislaturperiode sollten – gemäß der Beschlusslage, aber „freiwillig" – die Abgeordneten ihre Mandate niederlegen und Platz für die zweite Garnitur machen. Unter den zehn jüngsten der 520 Abgeordneten des Bundestages waren sechs Grüne. Von den 51 weiblichen Abgeordneten des Parlaments gehörten zehn der kleinsten Fraktion an.

Die Neuen in Bonn waren nicht nur nicht umworben. Sie waren auch nicht willkommen. Helmut Kohl hielt sie für Krawallbrüder. In der CSU plädierten manche dafür, das Bundesamt für Verfassungsschutz sollte sich mit ihnen befassen. Sozialdemokraten schimpften, weil die Grünen ihren Wahlkampf nicht bloß gegen die Unionsparteien, sondern genauso heftig gegen die SPD geführt hatten. Laut ihrer Ikone Petra Kelly waren sie als Antiparteienpartei angetreten – gegen die „Altparteien". Den Platz in der Mitte des Bundestages hatten sie sich zu erkämpfen. CDU/CSU und FDP wollten sie nach linksaußen setzen. Die SPD-Fraktion aber wollte niemanden links von sich sitzen haben. So kamen sie in die Mitte – direkt gegenüber dem Rednerpult und zwischen den beiden großen Volksparteien. Wie ein Symbol als Stachel im Fleische. Sitzungssäle und Büros nahe dem Plenarsaal, wie sie die anderen Fraktionen hatten, bekamen sie nicht. Die Grünen wurden ins ein paar hundert Meter entfernte Hochhaus am Tulpenfeld quasi ausgelagert, was sich allerdings ungewollt als Vorteil erwies: Schräg gegenüber hatte die Mehrzahl der Bonner Journalisten ihre Büros. Für die waren die Sitzungen der Bundesfraktion der Grünen öffentlich. Auch solche, die im heftigen Streit endeten. Ob nun kritisch oder wohlwollend – für Publizität war jedenfalls gesorgt. Es konnte beobachtet werden, wie sich in einer Gruppe von Neulingen eine Hierarchie herausbildete: Marieluise Beck, Joschka Fischer, Otto Schily, Hans-Christian Ströbele und Antje Vollmer gehörten dazu. ■

Das Gegenteil von Straflosigkeit ist Verantwortung. Die zentrale Herausforderung für diejenigen unter uns, die ob der zunehmenden Straflosigkeit besorgt sind, besteht also darin, die Verantwortung als „Gegenmacht" zu fördern. Der Begriff der Gegenmacht stammt aus J.K. Galbraiths Werk *American Capitalism* aus dem Jahr 1952, das beschreibt, wie staatliche Eingriffe, wie zum Beispiel die Förderung von Marktmechanismen, die Gefahren eindämmen können, die von den Großkonzernen der damaligen Zeit ausgehen.

Heute müssen wir in jedem der fünf Bereiche, die der Atlas der Straflosigkeit hervorhebt, eine Gegenmacht aufbauen. Dies ist nicht nur eine Aufgabe für die Regierung, sondern auch für die Privatwirtschaft und den NGO-Sektor. Wir haben Beispiele dafür, was effektiv sein kann.

Verantwortung beginnt zunächst mit Transparenz, mit der Aufdeckung von Straflosigkeit und den dafür verantwortlichen Akteuren. Der investigative Journalismus von Organisationen wie Bellingcat und der ukrainisch geführten 5 AM Coalition hat das Ausmaß der im Krieg in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen deutlich gemacht. Ähnliche Anstrengungen werden von Gruppen wie ProPublica im Hinblick auf Good Governance und von Transparency International im Bereich der wirtschaftlichen Korruption unternommen.

Des Weiteren muss die Verantwortlichkeit rechtlich abgesichert werden. Dies zeigt, wie wichtig eine unabhängige Justiz ist, um Straflosigkeit innerhalb eines Regierungssystems

INGE
KLOEPFER

ist freie Journalistin sowie Buch- und Filmautorin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte bisher zahlreiche Bücher und mehrere Filme.

AUF DEN *ZWEITEN* BLICK

Heilige Gefäße

Die katholische Kirche in Deutschland kämpft ums Überleben.

In der vergangenen Woche wieder, diesmal in Frankfurt. Den Segen Roms haben die ernsthaft Reformwilligen nicht. Im Gegenteil – je vehementer sie sich um gesellschaftliche Relevanz durch ein glaubwürdiges spirituelles Angebot bemühen, desto kategorischer hallt ihnen das römische Nein entgegen. Mit erheblichen Konsequenzen. Erschreckender noch als die ungebrochene Welle an Kirchenaustritten lesen sich die Ergebnisse einer jüngeren Umfrage von Forsa zum Vertrauen der Menschen in diese Institution. Nur noch 8 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger hegen ein solches der katholischen Kirche gegenüber. Zum Vergleich: Beim Islam sind es 6 Prozent. Dieser Vertrauensverlust ist Vorbote weiterer Austrittswellen. Die katholische Kirche in Deutschland marginalisiert sich – in einem atemberaubenden Tempo. Dass sich die Institution Kirche generell (noch) nicht überholt hat, zeigen die Umfrageergebnisse für die Protestanten. An die Vertrauenswürdigkeit der evangelischen Kirche glauben immerhin noch 31 Prozent der Bevölkerung. Dabei haben die Menschen keine Schwierigkeiten mit ihrem Glauben, sondern mit der Institution. Ja, man kann auch ohne die katholische Kirche Christ und Christin sein.

Die Gründe für das Desaster sind mannigfaltig. Im Zentrum allerdings steht das mittelalterliche Priesterbild mit dem Priester als „besserem" Menschen – durch die Weihe vermeintlich Gott näher, woraus die Kirche fatalerweise nicht nur priesterliche Autorität ableitet, sondern ihm auch unzweifelhaft Kompetenz zuschreibt. Nicht nur, dass es sich dabei wahrlich um kein neuzeitliches Konzept handelt. Tausendfach hat die katholische Kirche bewiesen, dass dem gerade nicht so ist. Das Priesterbild ist der grundlegende Systemfehler. Mit ihm wird sie nicht zu retten sein – allen Bemühungen der so ernsthaften Reformer, die genau das ändern wollen, zum Trotz.

Dabei ist der rapide Bedeutungsverlust einer Institution wie der katholischen Kirche alles andere als trivial, auch wenn es derzeit so scheint, als bräuchte man sie nicht mehr. Gesellschaften organisieren sich über Institutionen, und sie werden von ihnen zusammengehalten: über politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, sportliche, kulturelle und eben religiöse, die, wenn sie gut funktionieren, viel mehr als soziale Organisationsvehikel sind. Sie tragen alle zusammen das demokratische System, das auf Partizipation nicht verzichten kann. Institutionen sind auch Foren, über die Menschen in einen friedlichen, geregelten Austausch treten können, und das nicht wie üblich in der Demokratie im Widerstreit, sondern auf Basis gemeinsamer Weltanschauung. Für das sozialen Überleben sind sie daher konstitutiv. Irgendwo müssen Menschen eben auch zuhause sein. Das Potential dazu hätte auch weiterhin die katholische Kirche,

denn sie hat auf der Basis des Neuen Testaments noch immer einen hochrelevanten Wertekanon anzubieten. Wenn die Ideologen an ihrer Spitze in Rom und teilweise hier in Deutschland nur endlich begriffen, dass weder priesterliche Überlegenheit noch das Zölibat und schon gar nicht die Diskriminierung etwa von Frauen, homosexueller oder wiederverheirateter Paare je Bestandteile christlicher Grundwerte waren. ■

zu verhindern. Die Gesetze des Rechtstaats müssen aber auch gelten, wenn Privatpersonen grenzüberschreitend für Straflosigkeit zur Rechenschaft gezogen werden. Die Anwendung der universellen Gerichtsbarkeit durch deutsche Gerichte hat einige Fortschritte bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern in Syrien errungen. Es ist angemessen und ermutigend, dass die Teilnehmer der diesjährigen Sicherheitskonferenz über die richtigen Rechenschaftsmechanismen für verantwortungsloses Handeln im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine debattierten.

Und nicht zuletzt hängt die Verantwortlichkeit von den Systemen und der Kultur der Verantwortlichkeit ab, ebenso wie verantwortungsloses Handeln in Systemen und Kulturen mit Straflosigkeit gedeiht. Der Aufbau eines verantwortungsvolles Systems, der wiederum eine Veränderung der organisatorischen, bürokratischen und politischen Kultur bewirken könnte, ist hier von zentraler Bedeutung. Zwei Beispiele hierfür sind der kürzlich vom US-Verteidigungsministerium initiierte „Civilian Harm Mitigation and Response Action Plan" (Aktionsplan zur Minderung von und Reaktion auf zivile Schäden), der stärkere formale Wege für die Rechenschaftspflicht vorsieht, wenn das US-Militär Zivilisten in Konflikten schädigt, sowie die nationale Menschenrechtskommission Nigerias, die Anschuldigungen bezüglich Misshandlungen durch das Militär untersucht.

Der Kalte Krieg wurde geführt, um den Grundsatz aufrechtzuerhalten, dass Macht mit Verantwortung einhergeht und nicht unveränderlich ist. Heute verläuft der Kampf multidimensional und komplex, aber nicht weniger wichtig. ■

Müll, Müll, Sondermüll

Die Zukunft der Ozeane ist auch nach dem UN-Beschluss noch lange nicht im Trockenen

Von **Claus Leggewie**

Das Schiff habe das Ufer erreicht, seufzte Rena Lee erleichtert, als sie in der von ihr geleiteten UN-Konferenz zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See nach einem wahren Verhandlungsmarathon die Einigung auf ein entsprechendes Abkommen verkündete. Das poetische Bild war nach 15 Jahren zäher Verhandlungen verständlich, Pathos ist aber nicht angebracht. Der Teufel liegt zum einen wie immer im Detail, zum anderen in der Weigerung wichtiger Regierungen, das Abkommen zu ratifizieren. Es war kein Zufall, dass sich dem eben jene beiden Imperien entziehen, die zur gleichen Zeit die Aneignung von Territorien mit militärischen Mitteln betreiben oder ankündigen – Russland und China – und die weltgrößten Fischfangflotten unterhalten. Sie können den „Triumph des Multilateralismus“ durchkreuzen, den UN-Generalsekretär António Guterres am 4. März 2023 verkünden wollte. Zählt die Geopolitik, könnte am Ende auch ein Wrack das Ufer erreicht haben.

Der Schutz der Hohen See – das sind rund zwei Drittel der Weltmeere und der größte Teil der Erdoberfläche – ist überfällig. Sie hat eine ähnliche Funktion wie die Regenwälder und Moore für die Ökosphäre und ist ähnlich bedroht, auch hier zeigt die Uhr fünf vor zwölf: Rabiate Überfischung, dramatische Vermüllung vor allem durch Plastik, exzessiver Verkehr von Container- und Kreuzfahrtschiffen und ungenierte Rohstoffausbeutung am Meeresboden sind die Stichworte. Bis 2030 sollen 30 Prozent der Meere unter Schutz gestellt werden – was das genau bedeutet, wird die juristische Exegese der Vertragstexte zeigen. Alles, was jenseits der nationalen Hoheitsgewässer liegt, ist bisher ein rechtsfreier Raum, der mit guten Worten und freiwilligem Verzicht allein nicht reguliert werden konnte. Jetzt soll es verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen geben.

Dass sich 160 Staaten darauf einigen konnten, hängt weniger mit dem Respekt vor mariner Flora und Fauna zusammen als mit der gewachsenen Einsicht, dass bei anhaltender Überfischung, Vermüllung und Zerstörung des Meeresbodens jene „Ökosystemdienst-leistungen“ auszufallen drohen, von denen rohstoffsüchtige Konsumentenländer weiter profitieren wollen: Fischers frische Fische, Manganknollen und Kobaltkrusten, ganz abgesehen von riesigen Erdöl- und Erdgasfeldern und dem schier unerschöpflichen Gen-Pool für neue Medikamente. Gegen solche Interessen die Weltmeere als gemeinsames Erbe der Menschheit zu sichern, ist ein mutiges Unterfangen, mit dem vor Jahrzehnten Elisabeth Mann und ihr Gatte Giuseppe Antonio Borgese begonnen haben, gefolgt von zahlreichen Meeresstewards und Seerechtskennern. Sie mussten zuschauen, wie sich Meere degradierten und der imperiale Landhunger weiter auf die Ozeane übergriff. Nun warten sie auf die Ratifizierung des New Yorker Abkommens durch mindestens 60 Staaten.

Es wird an ihnen liegen, die Ausfüllung des historischen Abkommens kritisch zu begleiten, das durch drei weitere erfolgreiche Treffen gestützt wird: das Nairobi-Abkommen zur Vermeidung von Plastikmüll im Februar 2022, das Montreal-Abkommen zum Schutz der Biodiversität vom Dezember 2022 und die Konferenz „Our Ocean“ in Panama im März 2023, die den Tiefseebergbau einschränken soll und Ländern des Globalen Südens materielle Kompensationen anbietet. Das Monitoring des (noch nicht geschriebenen) Regelwerks muss eine (ebenfalls noch zu gründende) internationale

Foto: Shutterstock.de

Hochseeschutzbehörde übernehmen. Aus diesem Stoff sind die Rechtsstreitigkeiten gemacht, mit denen „technologieoffene“ und „realistische“ Lobbyisten den Umweltschutz seit Jahrzehnten hinauszögern oder zurückwerfen. Die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) mit Sitz in Kingston, Jamaika, hat derzeit kaum wirksame Zugriffsrechte. Beschlüsse zur Einrichtung von Schutzzonen können mit einer Dreiviertelmehrheit gefällt werden, Russland und China können sich dort – ein Präzedenzfall? – nicht widersetzen. Eine „gebietsbezogene Bewirtschaftung“ soll nur nach kriterienbasierter Begutachtung durch ein wissenschaftliches Gremium und verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen durch die beteiligten Staaten erfolgen können. Auch wollen die „entwickelten Vertragsstaaten“ einen Sonderfonds zur Beteiligung ärmerer Länder einrichten.

Deshalb bleibt einstweilen die Hälfte der Meeresorganismen vom Aussterben bedroht. Sie hat übrigens niemand gefragt, ob sie den Ökosystemdienstleistungen zustimmen oder was sie von Menschenansammlungen halten, die sich als ihre loyalen Makler ausgeben. Der größte Teil des Meeresbodens ist *terra incognita*. Doch man stelle sich zumindest als Gedankenexperiment eine Konferenz unter Anwesenheit der Meeresbewohner vor, bei der nicht nur lokale Fischer, Greenpeace und Meeresschwärmer das Wort ergreifen: Welche Argumente würde man zu hören bekommen? Welche Petitionen wären zu erwarten? Welche Seeblockaden und Sabotageakte müsste die Menschheit befürchten? Solange die Verantwortlichen diese Stimmen nicht hören wollen, werden sie die (Zer-)Störung der marinen Vielfalt, nunmehr in größerem Schuldbewusstsein und auf höherer Technologiestufe, „schonend“ fortsetzen. Doch die Meeresforschung hat Advokaten und Stewards aufzubieten, die die Sprachen nicht nur der Wale verstehen und übersetzen können. Mögen sie nicht länger als „Spinner“ abgetan werden. ■

Claus Leggewie ist Leiter des Panels on Planetary Thinking an der Universität Gießen und Mitverfasser des Hauptgutachtens „Welt im Wandel: Menschheitserbe Meer“ des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin 2013.

IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger:	Detlef Prinz
Herausgegeben von	Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur:	Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen:	Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek
Layout:	Gordon Martin
HSB-Icon [Quadriga]:	Shutterstock.de/AVA Bitter

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin
Tel. 030/21 50 54 00
info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss 10. März 2023
© Der Hauptstadtbrief 2023

seit 1968
INTERHOMES AG
Besser Bauen. Schöner Wohnen.

INTERHOMES SCHAFFT BEZAHLBAREN WOHNRAUM!

Günstige Kaufpreise in deutschlandweiten Wohngebieten!

Wir reagieren auf hohe Kaufpreise und die gestiegenen Zinsen, um junge Paare und Familien weiterhin von der Mietwohnung in die eigenen vier Wände zu begleiten. Wir machen Wohnen zukunftssicher und bezahlbar.

Blütengrund, Oldenburg

Wir sind Ihr starker Partner und bieten:

- 55 Jahre Erfahrung
- Zuverlässiger Rundum-Sorglos-Service
- Festpreisgarantie und garantierter Fertigstellungstermin
- Ausgezeichnete Bonität

MyLiving am Willakedamm, Bremen

Auf der Suche nach einem neuen Zuhause oder einer Kapitalanlage?

www.interhomes.de/immobiliensuche

Felderhof Quartier, Ratingen

INTERHOMES AG | Haferwende 36 A | 28357 Bremen | www.interhomes.de

POSTSKRIPTUM

Von **Lutz Lichtenberger**

Aló Presidente

Die vermeintlich beruhigende Pointe der Herrenmenschenattitüde der Donald Trumps dieser Welt ist, dass ihre Vertreter so tief in das brutalistisch-hierarchische Denken verstrickt sind, dass sie zwar den Kommandoton pflegen, aber sich instinktiv fragen, wer denn ihr Boss sei.

Für eben jenen abgewählten US-Präsidenten waren das Wladimir Putin (ein Thema für sich) – und Rupert Murdoch, Chef des News Corp, zu der auch der Propagandakanal Fox News in den USA gehört. Ohne die unablässige Aufpeitschung durch Fox News wäre Trump 2016 nicht zum Präsidenten gewählt geworden. Eine Tatsache, die auch Trump stets bewusst war, umso mehr bemühte er sich stets, zur Not auch hinreichend kriecherisch, um Murdochs Wohlgefallen. Noch steht Murdochs Unternehmen, aber das ganze Kartenhaus aus Hetze, Lügen und Irrsinn ist in der vergangenen Woche zusammengebrochen. In der Wahlnacht am 3. November 2020 hatte der Sender als Erster Joe Bidens Sieg in Arizona verkündet – damit war de facto klar, dass Biden der nächste Präsident sein würde. Es war der Moment, als die irren Fake News, die Fox News vier Jahre lang dummdreist versendet hatte, nicht mehr fortzusetzen waren. Der Sender hatte seinem Publikum einen Sieg Trumps versprochen, hatte dafür alles aufgeboten und dafür gekämpft. Jetzt war das Ergebnis da, ihr Mann hatte verloren, der Zirkus war vorbei.

Tatsächlich schaltete ein Großteil der Zuschauer aber in jenem Augenblick aus. Sie wollten von der Wirklichkeit, die nicht mit dem eingefleischten Schema übereinstimmte, nichts wissen. Bei Fox News brach daraufhin, wie den gerade veröffentlichten Anhörungsprotokollen aus einem Gerichtsverfahren gegen den Sender zu entnehmen ist, Panik aus. Die Stars des Senders, tatsächlich eher viertelseidene Gestalten, klagten, dass es Fox News schade, die Wahrheit zu sagen. Kein Witz! Die Zuschauer sähen sich nach anderen Sendungen um, in denen die Nachrichten eher ihrem *Geschmack* entsprächen. Und so *erfand* Fox News jene haarsträubenden Theorien über manipulierte Wählmaschinen – verantwortlich dafür war übrigens kein anderer als Hugo Chávez, der einstige Präsident Venezuelas, der zwar bereits 2013 starb, aber offensichtlich vorgesorgt hatte. Vorgeblich wohlgemerkt.

Murdoch gestand nun unter Eid ein, dass er Trumps Behauptungen – und die seines eigenen Senders – selbst für Nonsens hielt. ■